
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 3 (1975)

DOI: 10.11588/fr.1975.0.48815

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Fritz FISCHER, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914. Düsseldorf (DrosteVerlag) 1969, 2. Auflage 1970, 806 Seiten, DM 39,-.

1961 veröffentlichte der Hamburger Neuhistoriker Fritz FISCHER unter dem Titel »Griff nach der Weltmacht« eine Analyse der deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg. Sein Buch unterschied sich von der bis dahin vorliegenden Literatur zu diesem Themenkomplex durch die Breite seiner Materialbasis und durch die Schärfe seiner Argumentation. Schon dieser Bruch mit der jahrzehntelang praktisch unangefochtenen apologetischen Tradition der deutschen Arbeiten über Kaiserreich und Ersten Weltkrieg – eine markante Ausnahme bildete das wissenschaftliche Oeuvre Eckart KEHRS – erregte innerhalb wie außerhalb der Fachwelt erhebliches Aufsehen. Dabei mischten sich freilich mit dem inhaltlich bedingten Erstaunen schon frühzeitig wissenschaftliche Bedenken, die in eine überaus lebhaft Diskussions einmündeten¹.

Im Mittelpunkt der Kontroverse standen neben eher technischen Fragen der Quellenbehandlung vor allem zwei Probleme: FISCHER hatte seine Untersuchung ausschließlich auf Deutschland konzentriert, seine Gegner und deren Kriegsziele hingegen vollständig außer Betracht gelassen. So konnte der Eindruck entstehen, als ob nur Deutschland Kriegsziele verfolgt habe, als ob es *ein Wahnsinniger in der Mitte von Gesunden* gewesen sei². Ein zweiter Einwand gegen FISCHER betraf den Bereich der historischen Kontinuität. Abweichend von der großen Mehrzahl seiner Fachkollegen deutete FISCHER die deutschen Kriegszielverlautbarungen nicht als situationsbedingte, unverbindliche Diskussionsbeiträge, sondern als Produkte expansionistischer Zielplanungen in leitenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kreisen, die nahtlos bis zum Kriegsbeginn, ja bis in die Friedensjahre zurückreichten. Diese Kontinuitätsthese stieß weiterhin auf Skepsis, und Fischers sehr knapp gehaltene Einführungskapitel waren kaum dazu angetan, sie wirkungsvoll zu fundieren. Diese Lücke soll nun FISCHERS erstmals 1969 erschienenenes Werk, »Krieg der Illusionen« schließen. Es behandelt die deutsche Politik der letzten drei Vorkriegsjahre und mündet ein in eine breit angelegte Darstellung der Julikrise von 1914 und der ersten Kriegswochen.

FISCHER beginnt mit einem Blick auf die »Grundlagen des wilhelminischen Deutschland«, die er von zwei Faktoren entscheidend bestimmt sieht. Zum einen erschien das Deutsche Reich relativ spät im Kreise der Großmächte – und zwar zu einem Zeitpunkt, da diese die Welt bereits sehr weitgehend unter sich aufgeteilt hatten. Zum anderen vollzog sich in Deutschland seit den 1880er Jahren »eine Sonderentwicklung . . ., die ihm eine drängende Unruhe verlieh; denn hier wurde die Spannung zwischen der alten monarchisch-feudalen und der neuen bürgerlich-kommerziellen Struktur im rasch aufgestiegenen Industrie-

¹ Eine Bibliographie der einschlägigen Sammelbände findet sich in der von I. GEISS und B. J. WENDT herausgegebenen Festschrift für Fritz FISCHER, Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Düsseldorf 1973, S. 586 f.

² So Golo MANN, wie ihn H. ROTHFELS zitiert (Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 65 v. 18. 3. 1970, S. 10).

staat nie ganz ausgetragen«. Die daraus resultierenden innenpolitischen Spannungen gedachten die herrschenden Schichten – so FISCHER – durch eine erfolgreiche imperialistische Politik auf den außenpolitischen Bereich abzuleiten, notfalls »durch einen Krieg zu lösen«. Diese Kalkulation ließ eine latente Kriegswilligkeit entstehen, die in den letzten Friedensjahren durch wirtschaftliche und militärische Erwägungen aktiviert wurde und schließlich zur bewußten Auflösung eines Krieges führte.

Zu den Grundlagen des wilhelminischen Deutschland rechnet FISCHER insbesondere die ökonomische Expansion. Nachdem die Gründerkrise samt ihren Nachwirkungen überwunden war, setzt im Deutschen Reich neben dem demographischen ein spektakulärer wirtschaftlicher Wachstumsprozeß ein, der nicht nur den Grundstoffindustrien, sondern zunehmend auch den »jungen« Industriezweigen gewaltige Zuwachsraten bescherte. Dadurch gewannen freilich Rohstoffbezug und Fertigwarenexport von Jahr zu Jahr steigende Bedeutung, und die Verantwortlichen sahen sich immer häufiger vor die Frage gestellt, wie Zu- und Abfluß dieser Güterströme optimal zu regeln seien. In diesem Zusammenhang tauchte unter Caprivi erstmals die Konzeption auf, unter Verzicht auf ihre traditionelle Tarifautonomie die mitteleuropäischen Staaten zollpolitisch gegen die Konkurrenz der britischen, russischen und U.-S.-amerikanischen Imperien zusammenzuschließen, einen »mitteleuropäischen Zollbund« zu gründen³. Unter Bülow wurde es zeitweise stiller um dieses Projekt, doch kam es mit der Zunahme der Außenhandelsprobleme seit etwa 1910 wieder stärker ins Gespräch – freilich weniger innerhalb der Reichsleitung, sondern im Kreise interessierter Publizisten und Verbandsfunktionäre.

Parallel dem ökonomischen Potential entwickelte sich das Selbstverständnis des jungen Nationalstaates. Mit der Vorstellung einer *deutschen Sendung* begannen sich die rassistischen Gedanken etwa eines H. St. Chamberlain zu vermengen – sozialdarwinistische Ideen, die den konkreten Expansionsforderungen von Paul Voigt, Ernst Francke, Arthur Dix und vielen anderen nicht allzu fern standen und insbesondere auch von Wilhelm II. begeistert rezipiert wurden⁴. Eine Konsequenz dieser Entwicklung war der Verzicht auf das traditionelle Leitbild enger deutsch-russischer Verbundenheit zugunsten der Überzeugung, daß langfristig eine Auseinandersetzung mit dem Zarenreich unvermeidlich sein werde. Um so größeres Gewicht mußte unter diesen Umständen das deutsch-englische Verhältnis erlangen. 1870 war England neutral geblieben, und das Bestreben, England auch für die Zukunft auf diese Politik festzulegen oder gar als Verbündeten zu gewinnen, zieht sich als roter Faden durch die deutsche Außenpolitik von Bismarcks ersten diesbezüglichen Sondierungen bis zur Julikrise. Bekanntlich scheiterten diese Anläufe immer wieder, was FISCHER

³ A. v. WALDERSEE, Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Albrecht Grafen v. Waldersee. Hg. H. O. MEISNER, Stuttgart u. Berlin 1922/23, Bd. 2, S. 311 (zitiert bei Fischer, S. 25).

⁴ Bekannt ist etwa die begeisterte Aufnahme Chamberlainschen Gedankengutes durch Wilhelm II., der Chamberlains Schriften wiederholt zum Gegenstand von Vorlesungsstunden im Familienkreis machte.

übrigens nicht mit »Handelsneid«, Flottenrivalität oder kolonialpolitischen Kontroversen erklärt, sondern etwas kryptisch zurückführt auf Deutschlands »übermächtige Tendenzen zur politischen und wirtschaftlichen Autarkie«, zu einer Politik der freien Hand, die »Bündnisse allein mit schwächeren Mächten« als erwünscht erscheinen ließ. Eine solche Politik aber gefährdete das europäische Gleichgewicht und damit den Kern der englischen außenpolitischen Konzeption.

Der Hauptteil von FISCHERS Untersuchung beginnt mit einer Analyse der zweiten Marokkokrise. Getreu seiner oben skizzierten Generalthese sucht FISCHER nachzuweisen, daß die Reichsregierung eine äußere Bedrohung benötigte, um die 1912 anstehenden Reichstagswahlen zu »nationalen« Wahlen werden zu lassen und primär aus diesem Grund die außenpolitische Krise bewußt herbeiführte. Zweifellos war das Reich für ihren Ausbruch wie für ihren stürmischen Verlauf entscheidend mitverantwortlich, doch scheint FISCHER hier die anti-sozialdemokratische Komponente allzu stark zu gewichten: Gewiß forderte Wilhelm II. im Frühjahr 1911 (wie zu verschiedenen anderen Zeitpunkten) ein neues Sozialistengesetz; jedoch teilte Bethmann Hollweg diesen Wunsch nicht. Man müsse dafür sorgen, so entgegnete er vielmehr dem Kaiser, *daß das Volk . . . gesund und kräftig bleibe, denn dann überwinde es die Sozialdemokratie von selber*⁵. Überdies war zu diesem Zeitpunkt das Kriegsrisiko selbst aus militärischer Sicht zu hoch, der etwaige Kriegsgrund *wenig durchschlagend . . . für die Masse*⁶. Die von FISCHER vorgelegten Stahlbad-Zitate der Rechtspresse, zumal erst während der Krise entstanden, reichen demgegenüber schwerlich aus, seine These über deren Vorgeschichte zu beweisen.

Nachdem die marokkanische Frage notdürftig bereinigt war, stellten der sozialdemokratische Wahlsieg von 1912, das Scheitern der Haldane-Mission und der Tripoliskrieg die Reichsleitung vor neue Probleme. Ehe sie überwunden werden konnten, brach der erste Balkankrieg aus, der deutliche deutsch-österreichische Meinungsdivergenzen offenbarte und überdies neue Zweifel an der Erreichbarkeit eines deutsch-englischen Neutralitätsabkommens weckte. In dieser Situation beraumte Wilhelm II. zum 8. Dezember 1912 eine Besprechung mit seinen militärischen Spitzenberatern an, der bei FISCHER als »Kriegsrat vom 8. Dezember« geradezu eine Schlüsselstellung eingeräumt wird. Am 8. Dezember 1912 seien – so behauptet er – die Weichen in Richtung auf einen von Deutschland herbeizuführenden Krieg gestellt und vom Kaiser eine entsprechende Mobilisierung der öffentlichen Meinung befohlen worden.

Tatsächlich ist diese Konferenz lange Zeit von der Forschung nicht genügend beachtet worden, obwohl Wilhelm II. in der Tat für einen sofortigen Krieg gegen Rußland und Frankreich plädierte und der Generalstabschef Moltke ihm mit der Formel *Krieg je eher je besser* sekundierte. Andererseits blieb diese Kon-

⁵ Tagebuchnotiz v. 8. 4. 1911 (K. RIEZLER, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Hg. K. D. ERDMANN, Göttingen 1972, S. 174).

⁶ Tirpitz an v. Capelle, 12. 8. 1911 (A. v. TIRPITZ, Der Aufbau der deutschen Weltmacht. Berlin und Hamburg 1924, S. 203 ff.) Vgl. auch die übrigen ebd. genannten Belege!

zeption nicht unwidersprochen: Tirpitz verlangte einen längeren Aufschub, um die Marinerüstung komplettieren zu können; der Chef des Marinekabinetts gab zu bedenken, daß ein plötzlich heraufbeschworener Krieg innenpolitische Probleme aufwerfen werde; Bethmann Hollweg zeigte keine ernsthafte Neigung, von seiner Skepsis gegenüber solchen Aktionen abzugehen. Kriegsminister von Heeringen schließlich hielt selbst die sofortige Einbringung einer Heeresvorlage für undurchführbar, da *der ganze Rahmen der Armee . . . abermalige große Vermehrungen nicht verdauen könne und überdies die Waffenindustrie nicht mehr mitkomme*⁷. So blieb die Zusammenkunft folgenlos; ihr Ergebnis war, wie Marinekabinettschef von Müller rückblickend feststellte, *so ziemlich Null*.

Schon Müllers Kommentar weckt Bedenken gegenüber FISCHERS Weichenstellungsthese. Sie verstärken sich, wenn man nach konkreten Resultaten der »Weichenstellung« vom 8. Dezember sucht. Betrachten wir beispielsweise den gerade in diesem Zusammenhang recht bedeutsamen Bereich der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung: Seit 1906 fanden verschiedentlich kommissarische Beratungen über diesen Problembereich statt; im Herbst 1912 erwuchs daraus die *Ständige Kommission für wirtschaftliche Mobilmachungsangelegenheiten*, die fortan die deutschen Aktivitäten auf diesem Sektor koordinieren sollte⁸. Ohne Zweifel bildete die Gründung der Ständigen Kommission eine Zäsur. Ebenso zweifellos verdankte sie dem Ausbruch des ersten Balkankriegs ihre Entstehung, doch war ihr Aufbau schon geraume Zeit vor dem 8. Dezember 1912 abgeschlossen. Auch fehlt in der späteren Kommissionsarbeit wie in den Akten der beteiligten Ressorts jeder Bezug auf diese Konferenz. FISCHER selbst bleibt denn auch in seiner Erörterung der wirtschaftlichen Kriegsvorsorge hinter seiner Weichenstellungsthese zurück und spricht zu Recht nur von einer durch den Balkankrieg verursachten Intensivierung der Arbeiten.

Ähnlich unbefriedigend bleibt die Suche nach publizistischen Resultaten der von FISCHER postulierten »Direktiven« an die Presse. FISCHER glaubt, seit dem 8. Dezember 1912 eine aggressivere Sprache und eine deutlich positivere Einstellung der Publizistik zum Kriege feststellen zu können. Tatsächlich aber wurden beispielsweise während der beiden Marokkokrisen von der Rechtspresse nicht weniger scharfe Töne angeschlagen als im Winter 1912/13. Auch das Auftauchen rassistischer Kategorien ist keineswegs nur für diesen Zeitraum spezifisch; Hymnen auf den Krieg schließlich lassen sich vor und nach dem Dezember 1912 inner- wie außerhalb Deutschlands durchgängig und in nicht unerheblicher Zahl nachweisen. Vor allem aber vermißt man bei FISCHER Belege dafür, daß die von ihm angezogenen Passagen auf Direktiven von Reichsmarineamt oder Generalstab zurückgingen. Plausibler erscheint die Annahme, daß große Teile der Presse solcher Anweisungen nicht nur nicht bedurften, sondern eher

⁷ Teilzitat des ausführlichen Berichts des Bayerischen Militärbevollmächtigten in Berlin, v. Wenninger, vom 15. 12. 1912 bei Fischer, S. 234 f. Das Original befindet sich im Bayerischen Hauptstaatsarchiv Abt. IV. (Kriegsarchiv) in Bd. I. der Akten des Bayerischen Militärbevollmächtigten.

⁸ L. BURCHARDT, Friedenswirtschaft und Kriegsvorsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914. Boppard 1968, S. 184 ff.

umgekehrt ihrerseits auf die Reichsleitung verschärfend einzuwirken suchten⁹. Mit anderen Worten: Am 8. Dezember 1912 wurden nicht die Weichen für die Herbeiführung eines Krieges und die psychologische Konditionierung der Bevölkerung gestellt. Wenn Wilhelm II. und Moltke zeitweise solche Wunschbilder hegten, so lag dem eine Mischung von nur-militärischem Denken, Expansionswünschen und krisenbedingter Hysterie zugrunde, die zumindest in dieser virulenten Form nur zeitweise grassierte. Wie bescheiden das tatsächliche Ergebnis der Konferenz war, geht nicht zuletzt aus den Zeugnissen hervor, die FISCHER und andere für die Politik der Reichsleitung in den folgenden Wochen beigebracht haben¹⁰.

Den Krisenwochen vom Dezember 1912 folgte eine gewisse außenpolitische Entspannung, doch kam es schon Anfang Mai 1913 zur nächsten Krise. Sie brachte Deutschland bis unmittelbar an den Rand der Mobilmachung¹¹, doch konnte die Reichsleitung Österreich von kriegerischen Maßnahmen abhalten. Die dadurch gewonnene Entspannung war nur von kurzer Dauer. Im Dezember des gleichen Jahres traf Generalleutnant Otto Liman von Sanders an der Spitze einer deutschen Militärmission in Konstantinopel ein und übernahm das Kommando über das dort stationierte I. Türkische Armeekorps. Rußland sah darin einen unerträglichen deutschen Eingriff und reagierte mit erheblicher Schärfe. Gewiß bildete die Entsendung der Mission Liman von Sanders ein weiteres Glied in einer Kette deutscher ökonomischer, politischer und wirtschaftlicher Penetrationsmaßnahmen im Zuge der deutschen Nah-Ost-Politik, die sich mehr und mehr an der Achse Berlin-Bagdad orientierte. Andererseits war dieses Vorgehen nicht spezifisch gerade für den deutschen Imperialismus, sondern unterschied sich nicht allzusehr von den Balkanpraktiken anderer Großmächte: in Griechenland leitete der französische General Eydoux eine der Limanschen nicht unähnliche Mission; Rußland war über Limans Ernennung zum Korpskommandeur empört, weil *wir im Falle unserer Landungsoperationen im Gebiet des Bosphorus in Zukunft hier auf ein deutsches Korps stoßen werden*¹² und erwog als Gegenmaßnahme die Okkupation türkischer Häfen; England stellte seit Frühjahr 1912 in der Person von Admiral Limpus den Oberbefehlshaber der türkischen Flotte und hatte ihm eine Militärmission beigegeben, welche die deutsche quantitativ fast um das Doppelte übertraf¹³. FISCHER erwähnt diese Aktivitäten, doch be-

⁹ Nicht untypisch ist General v. Bernhards Behauptung, während der zweiten Marokkokrise habe sich eine »tiefere Kluft ... aufgetan zwischen dem Empfinden der Nation und dem diplomatischen Vorgehen der Regierung« (F. v. BERNHARDI, Deutschland und der nächste Krieg. Berlin und Stuttgart 1912, S. V).

¹⁰ Beispielsweise war es dem Generalstab unmöglich, auch nur ein Ausfuhrverbot für Rüstungsgüter durchzusetzen, obwohl im Dezember 1912 eine russische Beschaffungskommission durch Deutschland reiste und umfangreiche Einkäufe tätigte. Details bei BURCHARDT, S. 206–209.

¹¹ Vgl. die Berichte des Bayerischen Militärbevollmächtigten vom 28. 4., 2. 5., 5. 5. und 6. 5. 1913 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Akten des Bayerischen Militärbevollmächtigten, Bd. I.).

¹² Zitiert bei Fischer, S. 491.

¹³ Vgl. dazu unter anderem FISCHER, S. 494; Die Große Politik der europäischen Kabinette. Bd. 38, Berlin 1926, Nr. 15462, Anmerkung und Nr. 15480.

gnügt er sich damit, sie interpretationslos aufzuzählen und im übrigen an seiner These von der deutschen Sonderentwicklung festzuhalten.

Mit Blick auf England verzichteten beide Seiten darauf, die Kontroverse um Limans Mission auf die Spitze zu treiben, doch normalisierte sich das deutsch-russische Verhältnis fortan nicht mehr: im Frühjahr 1914 bahnte sich praktisch ein deutsch-russischer Zollkrieg an. Es folgten die »Alarmartikel« in der Kölner Zeitung, die FISCHER ohne weiteres als Produkte »der Pressepolitik der Regierung seit dem Dezember 1912« apostrophiert; die Sommermonate brachten schließlich die österreichisch-serbische und damit auch die deutsch-russische Konfrontation. Sicherlich ist FISCHER darin beizupflichten, daß der österreichisch-serbische Konflikt im Grunde nur noch katalytische Funktionen hatte. Daß die Reichsleitung den europäischen Krieg nicht nur wissentlich riskiert habe (wie etwa Zechlin annimmt), sondern ihn nach »Schaffung einer erfolgversprechenden innen- und außenpolitischen Konstellation« bewußt herbeigeführt habe, erscheint allerdings weiterhin zweifelhaft.

Es ist FISCHERS Verdienst, mit seinen Forschungen entscheidend zur Überwindung einer apologetischen Interpretation von Julikrise und Kriegsbeginn beigetragen zu haben. Seine frühere These, daß die Reichsleitung 1914 einen Präventivkrieg begonnen habe, wird heute – mit Einschränkungen – weithin akzeptiert. FISCHER selbst geht freilich inzwischen über sie hinaus: er übernimmt Adolf GASSERS Definition, wonach Präventivkriege auf der Basis von »Vermutungen und zwar im Rahmen von Monaten oder gar Jahren« tatsächlich nur »verschleierte Angriffskriege« seien und geht dann dazu über, diese Definition auf Deutschland anzuwenden. Freilich erweist sie sich bei näherem Zusehen als wenig brauchbar. Entscheidend ist nicht, ob ein feindlicher Angriff innerhalb von Tagen, Wochen oder Monaten erwartet wird, sondern ob die Auseinandersetzung als vermeidbar oder als unausweichlich erachtet wird und ob nach Ansicht der Hauptbeteiligten *die Zukunft nicht uns, sondern dem Feinde bessere Aussichten gewährt*¹⁴. Die Entscheidung für oder gegen einen Präventivkrieg wird also stets in engstem Zusammenhang mit der Perzeption der Gesamtlage durch den oder die Entscheidungsträger stehen. Selbst wenn ex post keine akute Bedrohung Deutschlands durch die Entente nachgewiesen werden kann (was angesichts der Präventivkriegswünsche im französischen wie im russischen Generalstab vielleicht weniger selbstverständlich ist als FISCHER annimmt), bleibt doch dieses subjektive Moment zu klären. Gerade hier aber macht Fischer es sich leicht, wenn er die innerhalb der Reichsleitung gehegten diesbezüglichen Sorgen abtut als bloße taktische Manöver zur Einstimmung der Öffentlichkeit und zur wirksameren Durchsetzung »der Hegemonie Deutschlands über Europa«.

Im letzten Teil seines Buches geht FISCHER auf die Einwände ein, die von Kritikern gegen seine in »Griff nach der Weltmacht« formulierte Kontinuitäts-

¹⁴ Die zitierte Wendung bei C. v. CLAUSEWITZ, Vom Kriege. 16. Aufl. Bonn 1952, S. 882. Mit dieser Definition deckt sich die im Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften gegebene: Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften. Bd. I., Berlin und Leipzig 1936, S. 173. Vgl. auch die Einschätzung Friedrichs d. Gr. in Kapitel 3 seiner Geschichte des Siebenjährigen Krieges!

these erhoben worden sind und belegt bzw. ergänzt seine früheren Bemerkungen zu diesem Punkt. Tatsächlich findet sich bereits in der Vorkriegspublizistik vieles von dem, was später in der Kriegszieldiskussion wieder auftauchte. Ein reiches Reservoir solcher Äußerungen bilden insbesondere die Schriften des Alldeutschen Verbandes und seiner Mitglieder. FISCHER wird nicht müde, diese Verlautbarungen als repräsentativ für Gesamtbevölkerung und Reichsleitung zu proklamieren; Gegenstimmen werden nur cursorisch erwähnt, die *tiefe Kluft . . . zwischen dem Empfinden der Nation und dem diplomatischen Vorgehen der Regierung*¹⁵ etwa in der zweiten Marokkokrise wird ebenso heruntergespielt wie die fast durchgängige alldeutsche Kritik an der Reichsleitung. Die Rezeption des alldeutsch orientierten Kronprinzenbuches von Paul Liman in der nicht-alldeutschen Presse wird belegt mit Zitaten aus der Feder eines alldeutschen Rezensenten, Einzelpersonen werden ohne weiteres als repräsentativ für ganze Berufsgruppen bezeichnet etc. Mit anderen Worten: gewiß sind viele der nach Kriegsbeginn erhobenen Forderungen schon im Frieden formuliert und als erfüllbar, ja als unverzichtbar empfunden worden. Jedoch erscheint die Repräsentativität solcher Begründungen für Gesamtbevölkerung und Reichsleitung noch nicht als zweifelsfrei etabliert. Diese Einschränkung muß insbesondere auch weiterhin bezüglich der Person Bethmann Hollwegs gemacht werden, der keineswegs mit der Forscheit Moltkes und (zeitweilig) des Kaisers auf den Präventivkrieg zusteuerte, sondern nach Riezlers Zeugnis im Juli 1914 den drohenden Krieg als »*Sprung ins Dunkle und schwerste Pflicht*« empfand¹⁶. Im übrigen sei hinzugefügt, daß auch die ausländische Forschung den Kontinuitätsbeweis als noch nicht vollständig erbracht ansieht¹⁷.

Bei einem Werk dieser Komplexität konnte es kaum ausbleiben, daß manche Teilaspekte zu kurz kamen. Ein instruktives Beispiel dafür bildet etwa FISCHERS Darstellung der kriegswirtschaftlichen Vorbereitungsarbeiten vor 1914. Will FISCHER seine These eines von langer Hand vorbereiteten und zum optimalen Zeitpunkt ausgelösten deutschen Aggressionskrieges halten, so muß er erklären, inwiefern Deutschland auch auf diesem Sektor »wohlvorbereitet« war. Dieser Beweis ist nicht zu erbringen, steckten doch die kriegswirtschaftlichen Rüstungsmaßnahmen aus verschiedenen Gründen bei Kriegsbeginn noch sehr weitgehend in den Anfängen – und zwar nicht nur ex post betrachtet, sondern auch nach dem Urteil der primär beteiligten Ressortchefs. FISCHER behilft sich mit der Behauptung, die Verantwortlichen hätten ausschließlich mit einem mehrwöchigen Blitzkrieg gerechnet, und für diesen Krieg habe der wirtschaftliche Vorbereitungsstand ausgereicht. Tatsächlich war das Dogma vom kurzen Krieg weit, aber durchaus nicht überall verbreitet: Wie schon der ältere Moltke und sein Nachfolger Walderse, so waren Caprivi und die prominentesten Militärtheoretiker der preußischen Armee der Überzeugung, daß ein zukünftiger Krieg keineswegs a priori ein *kurzer* Krieg sein müsse¹⁸. Schlieffen unterdrückte

¹⁵ BERNHARDI, a.a.O.

¹⁶ Tagebuchnotiz vom 14. 7. 1914 (Riezler, S. 185).

¹⁷ Vgl. etwa Raymond POIDEVINS Studie, *Les relations économiques et financières entre la France et l'Allemagne de 1898 à 1914*. Paris 1969.

¹⁸ Dieser Sachverhalt wird ausführlich behandelt bei BURCHARDT, S. 23–25.

die Verbreitung dieser Lehre nach Kräften, da er sie als seiner Blitzstrategie abträglich betrachtete. Unter dem jüngeren Moltke jedoch änderte sich das Bild wieder. Zwar wurde Schlieffens Aufmarsch- und Operationsplanung in ihren Grundzügen beibehalten, doch wich Moltke immer weiter von deren Ausschließlichkeit ab. Statt dessen betonte er zum wiederholten Male, daß man sich auf die Führung eines längeren, möglicherweise mehrjährigen Krieges vorbereiten müsse. Sein überaus aktives Engagement in der kriegswirtschaftlichen Vorkriegsdiskussion resultiert unmittelbar aus dieser Einstellung. Solche Nuancen gehen bei FISCHER verloren; kleine faktische Ungenauigkeiten kommen erschwerend hinzu.

Der dadurch gelegentlich entstehende Eindruck einer gewissen Unschärfe wird durch terminologische Unklarheiten noch verstärkt. So stellt sich FISCHER beispielsweise auf den (begrüßenswerten) Standpunkt, daß es sinnvoll sei, den schon existierenden Imperialismustheorien »keine neue hinzu(zu)fügen«, doch verzichtet er darauf, seinen eigenen Imperialismusbegriff durch Identifikation mit einer dieser Theorien näher zu explizieren. An anderer Stelle setzt er »Imperialismus« mit »Weltmachtspolitik« gleich, doch bleibt letztlich auch dieser Begriff undefiniert: Hier wie in anderen Fällen folgt Fischer der Terminologie der zeitgenössischen Publizistik (die keineswegs in sich konsistent war) und nimmt die daraus gelegentlich resultierende begriffliche Unsicherheit in Kauf.

Zu erwähnen bleiben schließlich einige technische Mängel, die sich freilich bei einem Werk dieses Umfangs selten werden gänzlich vermeiden lassen: Der Text weist zahlreich entbehrliche Wiederholungen auf; seit Jahrzehnten bekannte Sachverhalte werden gelegentlich nochmals breit dargestellt, seit Jahrzehnten edierte Aktenstücke verschiedentlich nicht mit ihrem Druckort, sondern mit ihrer Archivsignatur zitiert; die Bibliographie ist ob ihrer Spärlichkeit nur von geringem Nutzen, ebenso teilweise das dem Buch beigegebene Kartenmaterial.

Wenn vorstehend die kritischen Bemerkungen überwogen, so soll doch keineswegs bestritten werden, daß FISCHER sich einer ebenso dringlichen wie komplexen Aufgabe weithin mit großem Erfolg unterzogen hat. Er hat die deutsche Außen- und Innenpolitik der letzten Kriegsjahre unter allen relevanten Aspekten behandelt, ja ihre einzelnen Facetten im Grunde erstmals zu einer kritischen Gesamtschau geordnet. Er hat (teilweise mit Hilfe seiner Schüler) stupende Materialmengen aufgearbeitet, teilweise überhaupt erst erschlossen. Er hat schließlich durch diese heuristische und analytische Leistung wie durch seine gegenüber der »klassischen« Kriegsschuldliteratur geradezu wohltuend provokatorischen Thesen der Forschung entscheidende neue Impulse gegeben. So ist seine »Anklage gegen das wilhelminische Deutschland« (Rothfels) zweifellos kein bequemes Buch und spricht sicher noch nicht das letzte Wort in der Analyse der Kriegsursachen von 1914. Jedoch ist es ein Werk, an dem die Forschung sowie die interessierte Öffentlichkeit nicht mehr vorbeikommen werden.

Lothar BURCHARDT, Konstanz